

Ursula Nienhaus

Vater Staat und seine Gehilfinnen

Die Politik mit der Frauenarbeit
bei der deutschen Post (1864 – 1945)

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
Erster Teil - Die deutsche Post als staatlicher Arbeitgeber	28
I. „Die Telegraphen-Aspirantin, ein geplagtes Individuum“ - Zur Vor- und Frühgeschichte der Frauenarbeit bei den deutschen Posten	28
1. Frauenarbeit bei der alten Post in Sachsen, Baden, Bayern und Württemberg	29
2. Das Post- und Telegraphenwesen des norddeutschen Bundes Die Privilegierung männlicher Zivil- und Militärpersonen	34
3. Die kaiserliche Post und Telegraphie und die Ausweitung der Beamtenlaufbahnen für männliche Zivilpersonen	39
4. Die „Frauenfrage“ und der „Staatsdienst“ im Reichstag Der Reichspostminister und die Liberalen	43
II. „Wir müssen ein gewisses Maß von Hilfskräften haben“ - Die horizontale und vertikale Segregierung des modernen Postarbeitsmarktes 1886-1918	62
1. Der „Fernsprecher“ und die ersten „Gehilfinnen“ der kaiserlichen Post	62
2. Telephontechnologie und Geschlecht	65
3. Beamtenstatus und Geschlecht	73
4. Der fiskalische Nutzen der Frauenarbeit	75

5. Auseinandersetzungen um die weibliche Reservearmee 1897-1914	78
6. Die Befestigung des „Gehilfinnen“-Status im Ersten Weltkrieg	87
III. „Mit lauschendem Ohr, in gespannter Aufmerksamkeit“ - Arbeitsplätze und Organisation der weiblichen Postbeschäftigten bis zum Ende des Ersten Weltkrieges	96
1. Die Unterschiede der Arbeitsplätze und Statusgruppen	96
2. Arbeitsgeräte und Arbeitsplätze der Fernsprechgehilfinnen	106
3. Image, Selbstbild und Organisation der „Gehilfinnen“	117
IV. „Dienstzweige, die dem weiblichen Personal vorbehalten sind“ - Rationalisierung und Entbeamtung in der Weimarer Republik	127
1. Der Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung und das Zwangszölibat	130
2. Demobilmachung, Beamtenbesoldung und die Neuordnung der weiblichen Laufbahn 1922	131
3. Der Personalabbau seit 1923	142
4. Psychotechnik und Leistungskontrolle	151
5. Geschlechterkonkurrenz und weibliches Berufsbeamtentum	158
6. Das Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten von Mai 1932	165
V. „Stellungen weiblicher Wesensart“ - Die Kontinuität der Personalpolitik der Post unter dem Nationalsozialismus 1933-1945	175
1. „Machtübernahme“ und Berufsbeamtentum für Frauen	177
2. Die Standespolitik lediger NS-Beamtinnen	185
3. Vergebliche Versuche zur Durchsetzung nationalsozialistischer Rekrutierungsprinzipien	188
4. Konflikte um die Arbeitsmarktregulierung im Zuge der Kriegsvorbereitungen	192
5. Der Postarbeitsmarkt im Zweiten Weltkrieg und die neuen Laufbahnbestimmungen für Frauen	201

Zweiter Teil - Die betriebliche Sozialpolitik der Post	217
VI. „Nur erst angestellt, pensionsberechtigt sein“ - Die Alters- und Hinterbliebenenfürsorge der Post	220
1. Beamtinnen und Pensionsrechte bei der kaiserlichen Post	222
2. Auseinandersetzungen um Zwangszölibat, Pension und Abfindung	227
VII. „Gewissermaßen Berufskrankheiten“ - Die Kranken- und Unfallfürsorge der Post gegenüber ihrem weiblichen Personal	246
1. Institutionelle Rahmenvorgaben im Falle von Krankheit und Unfall	246
2. Pflichtversicherte und freiwillig Versicherte	247
3. Beiträge und Leistungen	250
4. Auseinandersetzungen um berufsbedingte Gesundheitsprobleme	253
5. Rationalisierung und Krankenfürsorge	269
6. Gesundheitspolitik der nationalsozialistischen Post	279
VIII. „Soweit es dienstliche Verhältnisse gestatten“ - Auseinandersetzungen um die Mutterschaft von weiblichen Beamten	285
1. Erste Einzelfallregelungen	286
2. „Wochenhilfe“, „Schwangerenschutz“ und die Auseinandersetzungen um ledige Mütter in der frühen Weimarer Republik	288
3. Fragen des Mutterschutzes zwischen 1925 und 1933	294
4. Kontinuitäten und Wandel bis 1942	298
5. Das Mutterschutzgesetz von 1942 und die Vernichtung „biologisch unerwünschter Frauen“	310
Schluß	315
Danksagung	340
Statistischer Anhang	342
Quellen- und Literaturverzeichnis	349
Namensverzeichnis	370